

Antrag für den Unterbezirksparteitag

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Für eine politische Offensive zur Konfliktlösung in Syrien und Irak

Die SPD Bremen fordert die Bundesregierung auf, Initiativen zur politischen Konfliktlösung in Syrien und im Irak energisch voranzutreiben. Eine rein militärische Lösung des Konfliktes ist nicht möglich. Ohne politische Konfliktlösung droht die im Dezember 2015 beschlossene Teilnahme der Bundeswehr an der Militärintervention gegen den sogenannten Islamischen Staat nicht ein Beitrag zur Friedensschaffung zu werden, sondern den Konflikt zu vertiefen und den Zerfall der staatlichen und zivilen Ordnung in der Region noch zu beschleunigen.

Gemeinsam mit der EU muss Deutschland darauf dringen, dass alle Konfliktparteien - von den Großmächten Russland und den USA, über die Regionalmächte Türkei, Iran und Saudi-Arabien bis zu den verschiedenen direkt involvierten regionalen Konfliktparteien - an einer solchen Lösung mitwirken. Eine Konfliktlösung muss auf eine dauerhaft stabile politische Ordnung zielen und die Perspektive für eine positive soziale und ökonomische Entwicklung der Region bieten.

Ohne ein Konzept zur Lösung des zugrundeliegenden internationalen Konfliktes mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Mitteln auf politisch-diplomatischem Wege und ein darauf bezogenes Mandat der Vereinten Nationen kann zukünftig keinen weiteren militärischen Einsätzen der Bundeswehr oder Verlängerungen und /oder Ausweitungen solcher militärischen Mandate zugestimmt werden. Wenn innerhalb des jeweils beschlossenen Einsatzzeitraumes bei der politischen Konfliktlösung keine Fortschritte erzielt werden, muss das militärische Engagement Deutschlands beendet werden.

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland will und muss bei der Lösung internationaler Konflikte und der Befriedung von Krisenregionen für den Frieden mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Dies muss in erster Linie mithilfe friedlicher und sozialer Maßnahmen auf politisch-diplomatischem Wege und mithilfe humanitärer Hilfe und Unterstützung für die betroffenen Menschen vor Ort und in Deutschland geschehen.

Wie die Vergangenheit zeigt, sind Militäreinsätze ohne ein umfassendes politisches Konzept zur Konfliktlösung und Schaffung einer dauerhaft stabilen politischen Ordnung krisenverschärfend und nicht friedensschaffend. Wir halten deswegen daran fest, dass es eine Beteiligung der Bundeswehr an Militärinterventionen nur geben darf, wenn eine

politische Konzeption zur Konfliktlösung vorliegt. Voraussetzung eines Militäreinsatzes ist dabei stets ein Mandat der Vereinten Nationen.

Der Deutsche Bundestag hat im Dezember 2015 den Einsatz der Bundeswehr zur Unterstützung des Krieges gegen den IS in Syrien beschlossen. Zuvor sind bereits Bundeswehreinsätze in Zentralafrika, Mali, Afghanistan und dem Irak Gegenstand einer Mandatierung durch den Bundestag gewesen. Die Kriege etwa in Afghanistan oder dem Irak machen deutlich, dass die Bombardierung und das in Kauf nehmen ziviler Toter keine Lösung des Konfliktes, sondern im Gegenteil eine weitere Destabilisierung der jeweiligen Region und darüber hinaus die Erstarkung radikaler und nicht demokratischer Kräfte zur Folge hatte. Auch die Militäreinsätze der USA, Großbritanniens und Frankreichs im mittleren Osten und auf dem afrikanischen Kontinent haben keinen Frieden geschaffen, sondern Unsicherheiten vergrößert. An die Stelle zerstörter staatlicher Strukturen in Afghanistan, im Irak und in Libyen traten keine „neue Demokratien“, sondern neue, an Religion und Stammeszugehörigkeit orientierte Machtsysteme. Mit einem militärischen Einsatz gibt es keine Perspektive für einen geordneten Friedensprozess. Diese gibt es nur durch die Beseitigung der Ursachen der Konflikte mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Mitteln. Dafür muss konsequent ein stabiles internationales Bündnis geschaffen werden, das nicht von jeweils eigenen Machtinteressen dominiert ist.

Es muss daher eine vordringliche Aufgabe Deutschlands im Rahmen der EU sein, Initiativen für eine politische Konfliktlösung zu ergreifen bzw. zu unterstützen und mit allen politisch-diplomatischen Mitteln voranzutreiben.